

entweder nur der Nationalstaat oder nur ein Zusammenschluß mehrerer Nationen »zukunftsträchtig« (S. 31) sein werde.

Die Erklärung des amerikanischen Präsidenten Roosevelt über die vier Freiheiten vom Januar 1941 und die Atlantikcharta leiteten zu einer neuen Phase der Regionalismuskonzeption über, die von den Auseinandersetzungen um die britischen Versuche zur Erhaltung einer Großmachtstellung in Europa bestimmt waren. Die UN-Proklamation setzte die Großmächte als Führungsmächte im Sinne der Weltpolizei vor die Liste der kleineren Nationen. Die Großmächte waren ihrerseits bestrebt, ihre Einflußgebiete abzustecken. Der Europaplan des britischen Premierministers Churchill vom 21. Mai 1943 ging davon aus, daß in einer neuen europäischen Ordnung Großbritannien im westeuropäischen Raum die Führungsmacht sein werde. Mit diesem Vorschlag wollte der britische Premier die im anglo-sowjetischen Vertrag vom 26. Mai 1942 festgelegte Interessenabgrenzung im europäischen Raum in die spätere Diskussion über die endgültige Machtverteilung in Europa hinüberretten, weil sich zu dieser Zeit eine Niederlage der Achsenmächte schon abzeichnete.

In den beiden letzten Kriegsjahren konzentrierte sich die Auseinandersetzung auf die Zusammenarbeit der Kriegsbündigten in einer Weltorganisation, die im Hinblick auf die Regionalismuskonzeptionen eine Anerkennung einer sowjetischen Sicherheits-sphäre auf dem Kontinent durch die westlichen Alliierten voraussetzte.

Bei der endgültigen Ausgestaltung der United Nations einigte man sich auf ein universalistisches Konzept, das auf dem Regionalismus basierte. Die Einteilung in Interessensphären wurde 1945 in Europa im Potsdamer Abkommen realisiert. Zum Beweis führt Bodensieck die Abschnitte IV, X und XII des Vertrages an. Die Interessengrenze, die damit quer durch Europa lief, führte »unabwendbar« zur Teilung des Kontinents, und zwar »mitten durch Deutschland« (S. 71) hindurch, und verfestigte sich im Zuge der Blockbildung.

Die kurze Studie von Bodensieck bereichert die Diskussion um die Voraussetzung und die Entstehung des Kalten Krieges, der Teilung Europas und Deutschlands um einen wesentlichen Aspekt, der im Zuge der politischen Auseinandersetzung und der monokausalen Erklärungsversuche der Spaltung vernachlässigt wurde. Umfangreichere Publikationen auf breiterer Quellenbasis, vor allem unter Einschluß der staatlichen Akten, sind jedoch zur Präzisierung der in dieser Arbeit vorgestellten These notwendig.

Kurt Schmitz

Manfred Dormann, Demokratische Militärpolitik. Die alliierte Militärpolitik als Thema deutscher Politik 1949 - 1968 (= Sozialwissenschaft in Theorie und Praxis, Bd. 11), Verlag Rombach, Freiburg 1970, 292 S., Ln., 39 DM.

Die wissenschaftliche Behandlung der militärpolitischen Probleme der Bundesrepublik ist bisher unzureichend. Manfred Dormann unternimmt in dem vorliegenden Buch den Versuch, »die Entwicklung der westdeutschen Militärstrategie im Hinblick auf ihre Voraussetzungen und Abhängigkeit von der Politik der Mitglieder der westlichen Allianz darzustellen« (S. 23). Diese weitreichende Zielsetzung, die der Gefahr unterliegen kann, ohne entsprechenden Forschungsansatz und Methode formal zu bleiben, wird dahingehend konkretisiert, daß der Autor danach fragt, »ob es ein innen- und außenpolitisch rationalisierbares Ziel geben kann, das für die strategischen Planungen der Bundesrepublik den Einsatz von Atomwaffen rechtfertigt« (S. 23). Diesem kritischen erkenntnisleitenden Interesse liegt die Prämisse zugrunde, daß im Atomzeitalter die beiden oft als getrennt angesehenen Bereiche Strategie und Politik

in einem engen Zusammenhang stehen, wobei die Militärstrategie jedoch Tendenzen einer wachsenden Eigengesetzlichkeit entwickelt hat.

Die Analyse berücksichtigt das Interdependenzverhältnis zwischen der alliierten Militärstrategie und Politik einerseits und der der Bundesrepublik andererseits. Das schließt die Betrachtung des internationalen und innenpolitisch relevanten Teiles des strategisch-politischen Komplexes ein. Ausgehend von diesen allgemeinen Feststellungen nimmt der Autor eine Zweiteilung der Fragestellung vor, indem er in einem Dreischritt den Bezugsrahmen entwickelt. Die Erarbeitung des Bezugsgerüsts geht zunächst von einer Definition von Strategie aus, die durch die Erörterung des Begriffes Verteidigung ergänzt wird, an den sich dann eine Analyse der für die atomare Strategie relevanten Innenpolitik im Atomzeitalter anschließt. In einem zweiten Teil werden die historisch entwickelten und systematisierten Begriffe Strategie, Verteidigung und Innenpolitik im nuklearen Zeitalter auf die Phasen der demokratischen Militärpolitik in der Bundesrepublik angewandt. Dormann geht es nur um die primären Fragen der Militärstrategie (S. 26) und nicht etwa um die Auseinandersetzungen über die gesellschaftliche Situation der Bundeswehr.

Die Entwicklung des Bezugsrahmens nimmt die Hälfte der Studie ein. Der Autor sieht ein wichtiges Anliegen in der Referierung und Rezeption der ausländischen, vor allem amerikanischen politikwissenschaftlichen Diskussion zu den Fragen Strategie, Verteidigung und deren Auswirkung auf die Innenpolitik. So sehr eine solche Absicht für die Problematisierung der theoriearmen deutschen politikwissenschaftlichen Forschung über militärpolitische Probleme zu begrüßen ist, kann sie dennoch nicht darüber hinweghelfen, daß dieser Teil der Studie zu lang geraten ist. Die vorgelegten Ergebnisse der internationalen Diskussion statten allerdings den Leser mit einer Begrifflichkeit aus, die ihm die Analyse demokratischer Militärpolitik in der Bundesrepublik und deren Interdependenzverhältnisse zu der der westlichen Allianz erlauben. Dormann führt eine Unterscheidung zwischen Höherer Strategie, die eine Verbindung von Politik und militärischem Bereich darstellt, und Militärstrategie, die sich mit den Vorstellungen und Planungen der Militärs als Antwort auf die Höhere Strategie befaßt, ein. Die westliche Strategie stellt eine Kombination von nationaler und Allianzstrategie dar, die in zeitlich hintereinander liegenden Phasen oder in Form von Phasenüberlagerung formuliert wurde, wie es die Diskussion in der Nato von 1949 bis heute zeigt.

Im zweiten Teil der Studie wendet sich der Autor der bundesrepublikanischen Situation zu. Er verzichtet dabei auf eine detaillierte Schilderung der Entwicklung der Militärstrategie der westlichen Allianz mit dem berechtigten Hinweis auf die zahlreichen Veröffentlichungen zu diesem Thema und beschäftigt sich mit einigen grundsätzlichen Entscheidungen, die für das Entstehen strategischen Denkens in der Bundesrepublik von Bedeutung gewesen sind.

Die ersten deutschen Regierungen sahen die Militärpolitik nur als ein außenpolitisches Problem an. In der innenpolitischen Diskussion um den deutschen Wehrbeitrag standen andere Fragen im Mittelpunkt als eine Beschäftigung mit der Militärstrategie. Als Argument gegen die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik wurde die Befürchtung geäußert, daß der demokratische und soziale Neuanfang durch die Restauration des in der deutschen Geschichte so verhängnisvollen Einflusses des Militärs auf die politische Führung gestört werden könnte. Daneben waren die Probleme eines verlorenen Krieges mit seinen moralischen, politischen und sozialen Konsequenzen Gegenstand der innenpolitischen Auseinandersetzungen.

Folglich wurden militärstrategische Fragen zunächst aus der Diskussion ausgeklam-

mert, und es wurde ein Primat der Höheren Strategie begründet, der sich bei der weiteren Konsolidierung der Bundesrepublik und ihrer schrittweisen Integration in das westliche Verteidigungssystem ungünstig auswirkte.

Die deutsche Politik, getragen von den nationalen Aspirationen der Wiedervereinigungspolitik, geriet im Zuge des atomaren Patts zwischen den Primärmächten USA und Sowjetunion und der sich daraus entwickelnden defensiven Strategie in einen Zielkonflikt zwischen ihrer eigenen Politik und der der Allianz.

Im Rahmen eines Defensivbündnisses war für die offensive Komponente der bundesrepublikanischen Politik kein Platz. Die amerikanische »Pauschalgarantie« (S. 253) konnte auch durch die Anpassung der westdeutschen an die amerikanischen Interessen nicht erreicht werden, obwohl die BRD trotz erheblicher innenpolitischer Widerstände die Synchronisation der Verteidigungsplanung mit der der USA durchführte. Die defensive strategische Konzeption der Vereinigten Staaten in Europa führte zu einem Vorrang der Stabilisierungspolitik, die zu einem Abbau des ideologischen Konsensus führte, der seinerseits auf dem Antikommunismus basierte. Dormann sieht die Konsequenzen für die westdeutsche Militärstrategie in einem Abbau des Antikommunismus und der damit verbundenen offensiven politischen Komponente (S. 254). Der Autor zieht daraus nicht die naheliegende Folgerung, daß das die Aufgabe der Wiedervereinigungsforderung bedeutete.

Die weiterführende Beurteilung dieser Tendenzen und Entwicklungslinien ist im Augenblick noch nicht möglich, da hierzu die entsprechenden Quellen fehlen, wie der Autor eingangs seiner Studie (S. 27) betont. Die Arbeit von Manfred Dormann ist ein lesenswerter Beitrag zur westdeutschen Militärpolitik, wobei jedoch auf die ungenügende Analyse der Beziehungen zwischen Militärstrategie und Innenpolitik im Hinblick auf die gesellschaftlichen und politischen Implikationen hinzuweisen ist.

Kurt Schmitz

Wilfried von Bredow, Der Primat militärischen Denkens. Die Bundeswehr und das Problem der okkupierten Öffentlichkeit (= Sammlung junge Wissenschaft), Verlag Pahl - Rugenstein, Köln 1969, 172 S., kart., 28,50 DM.

Die Wehrverfassung der Bundesrepublik wird vom Leitgedanken getragen, den bewaffneten Teil der Exekutive mit in die demokratisch gestaltete und verwaltete Gesellschaft einzubeziehen. Dabei soll dem militärischen Organisationsprinzip von Befehl und Gehorsam nur soweit eine Bedeutung beigemessen werden, wie es der Dienstablauf in den Streitkräften erfordert. Wilfried von Bredow untersucht eine wichtige Nahtstelle zwischen der Gruppe Bundeswehr und anderen Gruppen der bundesrepublikanischen Gesellschaft, nämlich die Öffentlichkeitsarbeit der Streitkräfte. Hierbei weist er an zwei Ereignissen - Nagold 1963 und Wehrbeauftragter Heye 1964 - exemplarisch bestehende Integrationsschwierigkeiten nach, wie sie sich aus traditionellen, organisatorischen und vor allem Demokratie mißverstehenden Gründen ergeben.

Der Autor, Reserveoffizier der Bundeswehr, zählt sich zu dem Zweig der Politischen Wissenschaft, die sich nicht nur »kritisch« nennt, sondern durch ihre Untersuchungen »[...] Anspruch auf soziale und politische Effektivität [...]« (S. 25) erhebt. Somit lehnt er bloße Theorienbildung ohne Praxisbezug ab, »denn die Politische Wissenschaft ist eine Integrationswissenschaft: sie soll auch Theorie und Praxis integrieren« (S. 151). Deshalb beabsichtigt der Autor, mit seiner praxisnahen Studie zugleich einen »Beitrag zur Theorie der modernen Demokratie« zu leisten.